

Ganztagsschulbetreuung rundum: Klares Ja aber...

Knappe Schul- und Sozialausschuss-Mehrheit für SPD-Antrag minus Zeitfrist / Eltern, Lehrer und Land bisher nicht wirklich mit dabei

ACHIM (1a) ■ „Die Stadt Achim verfolgt das Ziel, in allen in ihrer Trägerschaft befindlichen Schulen ein Ganztagsschulangebot einzurichten“. Diesem SPD-Antrag stimmten Schul- und Sozialausschuss auf ihrer gemeinsamen Sitzung mit knapper Mehrheit zu. Nur die Zeitfrist „bis zum 31. Juli 2010“ soll gestrichen werden.

Denn Schüler, Eltern und Lehrer müssten „mitgenommen werden“ bei einem solchen Modell verlässlicher schulischer Betreuung bis 15

oder 16 Uhr nachmittags, hatte Elke Predehl-Kowski (FDP) gefordert. Dies sei offenbar bisher nicht der Fall.

Mit Ausnahme der Badener Grundschule, wo es schon ein Ganztagsschulangebot gibt, sehen alle Schulleitungen Probleme, das Konzept auch räumlich umzusetzen. Sogar die Astrid Lindgren-Schule im Brennpunktgebiet Achim Nord ist vorerst gegen die Erweiterung zur Ganztagschule.

Da zudem die niedersächsische CDU-FDP-Landesre-

gierung Ganztagsangebote außer an Hauptschulen kaum fördert, müsste die Stadt Achim selber in die Tasche greifen. Die Umwandlung der sechs Grundschulen in Ganztagsschulen koste etwa 212 000 Euro, bei verlässlicher Betreuung sogar 660 000 Euro, und da seien nötige Umbauten noch gar nicht eingerechnet, erläuterte Monika Meyer aus dem Fachbereich Schule der Verwaltung. „Wir können nicht in Achim ersatzweise etwas allein bezahlen“, was von

zuständigen politischen Stellen nicht unterstützt werde, wandte sich auch Lars Gagemann von der WGA für das Rundum-Ganztagsangebot in der Stadt.

Elternvertreterin Fides Vogeler wies allerdings darauf hin, dass es im Nachbar-Bundesland-Bremen Ganztagsschulbetreuung umsonst gebe. „Da würde ich mir als alleinerziehende Mutter oder als junges Paar überlegen, ob ich nicht aus Achim wegziehe“, warb sie dafür, hier Vergleichbares zu bieten.

Auch Bernd Junker (SPD) betonte, wie wichtig es sei, Ganztagsangebote für Schüler auch zu schaffen, um nicht nur zu fördern, sondern auch vorzubeugende Arbeit zu leisten. „Wir dürfen nicht warten, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist“, mahnte er. Mit der „Kompromisslösung“, ohne „bis 2010“ im Antrag erklärte er sich „im Sinne der Sache“ einverstanden.

Zugleich stimmten die Ausschüsse mit klarer Mehrheit und gegen die SPD dafür,

Hortgruppen zur nachmittäglichen Betreuung in den Grundschulen Bierden und Baden einzurichten. Das koste weniger, es gebe Zuschüsse vom Land, und Hort- seien nicht wie Ganztagsplätze direkt an die jeweilige Schule gebunden, erläuterte Monika Meyer. Somit könnten sie von Mädchen und Jungen aus der gesamten Stadt genutzt werden. Allerdings gibt es in Hortgruppen nicht die qualifiziert-pädagogische Ganztagsschul-Betreuung.